

Erstein in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Abonnementpreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro
Quartal.
Strom-Abonnement
werden bei allen deutschen Buchhändlern
auf den 1. und 3. Monat, und auf den
3. Monat besonders angemessen: im
Abonnement und Einzelverkauf. Bestellen
Schönberg und auf den 1. und 3. Monat
100 Courant 2 54 Pf.
Interesse
vom 1. April 1878 an, 20 Pf.
vom 1. April 1878 an, 20 Pf.
Bestellen 10 Pf.

Vorwärts

Bestellungen
nehmen an alle Buchhandlungen und Buch-
handlungen des In- u. Auslandes.
Billal-Expeditionen.
New York: E. G. Bennett, Massen-
schaltbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: J. G. B. 430 North
2nd Street.
J. G. B. 1129 Charlotte Str.
Boston: N. J. J. R. Gorge, 215 Wash-
ington Str.
Chicago: H. Kaufmann, 74 Clybourne-
Str.
San Francisco: J. G. B. 425 O'Farrell Str.
London: W. G. Gorge, 8 New
Golden Square.

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 86.

Mittwoch, 24. Juli.

1878.

**Parteienossen! Laßt Euch nicht provo-
zieren! Man will schießen. Die Reaktion braucht
Krawalle, um das Spiel zu gewinnen.**

Zwei alte deutsche Sprüchlein.

„Wer Andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein“
— die Fortschrittler und Liberalen jammern darüber, daß man
sie jetzt vielfach der intellektuellen Urheberlichkeit der beiden Atten-
tate auf den deutschen Kaiser beschuldigt; ihre Lehren, ihr Ein-
fluß auf das deutsche Volk habe demoralisierend gewirkt, sie hätten
den Atheismus großgeföhrt, der bei den „Gebildeten“ zwar
nicht so schädlich wirkt, im Volke aber großes Unheil anrichte.
So und ähnlich lauten die Anklagen gegen den Liberalismus.
Die Bismarck'sche Partei aber geht noch weiter: sie erklärt, daß
die Schule des Verderbens, der Sozialismus, geschlossen
werden müsse, dies gelte aber nicht minder der Vorschule, dem
Liberalismus. Es könne keinem vernünftigen Konservativen ein-
fallen, die Sozialdemokratie, die Todfeindin des Liberalismus,
zu vernichten, lediglich um letzteren von dieser Feindin zu be-
freien. Das wäre eine totale Dummheit, und wenn der Con-
servatismus auch in den letzten Jahren sehr viele Dummheiten
zum Vortheile des Liberalismus begangen habe, diesen Selbst-
mord dürfe er nicht begehen. Entweder werde Schule und
Vorschule geschlossen, oder keine von beiden; entweder werde der
Liberalismus mit der Sozialdemokratie vernichtet, oder aber die
Sozialdemokratie könne auch noch leben, da der Conservatismus
sonst dem übermächtigen Liberalismus gegenüber ganz ohnmächtig
dastehen würde.

Aus obigen Gründen wird auch ein solcher Bescheidwurf
vorbereitet, der allerdings scheinbar lediglich gegen die Sozial-
demokratie gerichtet ist, der aber so elastisch ist, um auch dem
Liberalismus daraus einen Strich zu drehen.

So ist die Sachlage, Ihr Herren Liberalen!
Und nun höre man das erbärmliche Gekammer dieser Helden.
So schreibt die Berliner „Vollzeitung“:

„Es wird uns von glaubwürdiger Seite die Mittheilung
gemacht, daß Beamte der kaiserlichen Bahnen und Agitatoren
unter den dort beschäftigten Arbeitern agitieren, um sie zu ver-
pflichten, für den Minister Fall ihre Stimme bei der
Wahl abzugeben. Viele der Arbeiter sind der Meinung, nach
der Art, wie diese Agitation betrieben wird, daß sie ihr Brod
verlieren, wenn sie der ihnen erteilten Anweisung nicht Folge
geben. Zur Verstärkung der Wirkung wird dem Betreffenden
noch in Aussicht gestellt, daß der Herr Minister für die Bahn-
arbeiter besondere Vergünstigungen durchsetzen werde.“

Das ist allerdings fact. Aber unterscheidet sich diese Wahl-
agitator um ein Haar nur von denjenigen, welche liberale
Fabrikanten gegenüber den sozialdemokratischen Arbeitern sich
erlauben?

Hier die Hungerpeitsche für die liberalen Arbeiter, dort die
Hungerpeitsche für die sozialdemokratischen — die erstere Hunger-
peitsche wird indirekt durch die konservativen Organe, die
letzte sogar direkt durch die liberalen Organe empfohlen.

In den liberalen Zeitungen finden wir auch noch folgenden
Jammerschrei:

„Nach den uns zukommenden Nachrichten werden insbesondere
in Ostpreußen Wahlbeeinflussungen in der dreifachen Weise von
Landräthen, Kreissekretären, Amtsvorstehern, Ortsbehörden,
Gensdarmen und Geistlichen versucht. Bedrohungen und Drohungen
werden nicht gespart, um zur Unterzeichnung von Wahlausrufen
zu bestimmen. Wir ersuchen dringend, von allen diesen Vor-
kommnissen sorgfältig unter Angabe von Zeit, Ort und Personen
Notiz zu nehmen und einem Mitgliede des freisinnigen Wahl-
comités des Kreises oder der Redaktion dieses Blatts zugehen zu
lassen, um die Wahl mit Erfolg anzusehen und eine gerichtliche
Untersuchung durch den Reichstag veranlassen zu können!“

Alles sehr schön. Aber erinnern sich die Fortschrittler und
Liberalen nicht, daß sie bei den vorigen Wahlen allüberall da,
wo ein Sozialdemokrat ihnen gegenüberstand und ein Conser-
vativer nicht aufgestellt war, die Unterstützung der Landräthe,
der Bürgermeister und Polizeibehörden in demselben Maße in An-
spruch genommen haben (wir erinnern nur an Altona)?
„Bedrohungen und Drohungen“, damit liberal gewählt werde,
wurden nicht gespart. Damals kein Wort der sittlichen Ent-
rüstung, jetzt, wo es den edlen Herren selbst an den Kragen
geht, dies große Lament.

Und wir werden sehen, daß auch bei den bevorstehenden
Wahlen dort, wo nur zwischen Liberalismus und Sozialdemo-
kratie entschieden wird, die polizeilichen Maßnahmen lediglich zu
Gunsen des Liberalismus getroffen werden. In Berlin ist dies
thatächlich jetzt schon der Fall — die Fortschrittler können
unbehelligt ihre Agitation betreiben, die Sozialdemokraten werden
durch die Polizei daran gehindert. Aber kein Wort des Tadel
hört man darüber in den liberalen und fortschrittlichen Blättern
— jedoch in Ostpreußen, wo diese Herrn selbst getroffen werden
— Ja, Bauer, das ist ganz etwas Anderes.“

Doch weiter. Aus dem Kreise Lyda wird den liberalen Blät-
tern geschrieben:

Hier im Kreise wird unter den Landleuten verbreitet, der
bisherige fortschrittliche Abgeordnete Gutsbecker Pilmann
gehöre zu den Personen, welche das Attentat auf den
Kaiser verübt und welches zu wiederholten beabsichtigen.
Beamte sollen der Verbreitung dieser wahninnigen Er-
zählung auf dem Lande nicht fern stehen; jedenfalls zeigt dieser
Vorgang, bis zu welchem Grade die Maschinen der offiziellen
Wahlbeeinflussung auf dem Lande die Köpfe zu erhitzen und zu
verwirren im Stande ist.

Weshalb ist dies eine „wahnsinnige Erzählung“? fragen wir
die liberalen Blätter. Die Erzählung ist um kein Haar wahn-
sinniger, als diejenige der fortschrittlichen und liberalen Zeit-
ungen, welche die Sozialdemokratie der beiden furchtbaren
Attentate beschuldigt haben. Was die Liberalen in jener Zeit,
als das deutsche Volk am „Wundstieber“ schwer erkrankt darnieder-
lag, an uns gesündigt haben, das wird ihnen jetzt von den Con-
servativen mit doppelter Münze heimgezahlt.

Wögen sie sich deshalb außer dem Sprichworte, welches an
der Spitze dieses Artikels steht, auch noch das zweite merken:
„Was du nicht willst das man dir thu,
Das füg auch keinem Andern zu.“

Deutschland und der Sozialismus

von Ludwig Bamberger.

Von H. R.
(Fortsetzung.)

Pag. 9 sagt Herr Bamberger: „Sie tanzen nicht auf dem
Vulkan, sondern sie tragen das Holz herbei zu dem Scheiter-
haufen, auf dem sie selbst verbrannt werden sollen; und der Ruf:
Sancta simplicitas! ertönt nicht mitleidig, wie einst aus dem
Munde des Opfers, sondern höhniisch aus dem Munde des
Henkers.“ Und weiter: „Bald ist es die alte, ein wenig ver-
drängte, aristokratische Macht, welche, an den eigenen Waffen
verzweifelt, sich dem Zeitvertreib ergibt, dem Geschlecht der
Neuerer das nachdrängende Volk des vierten und fünften Standes
an die Fersen zu heften, bald ist es der Romantiker, welcher sich
bereden läßt, daß in dem Zukunftsstaate „der planmäßigen
Produktion“ mit vertheilten Rollen die gepriesene Zeit der
frommen Bünde wiederkehren werde, bald ist es der Akademiker,
welchen es kitzelt, über die Absicht von ihm sich hinwälzende
Jagd nach Gewinn die Suchtweise zu schwingen, ein andermal
wiederum ist es ein Menschenfreund, dem die sauberlich aus-
gemalten Pläne zur Weltbeglückung lieblich winken, so geht es fort
und fort bis zu dem bescheidenen, harmlosen Bürger, der hinter
seinem Bierglase in der Volksversammlung, wenn der zum Unfug-
stiften angeleitete böse Bube im Namen der Sozialdemokratie
das Wort verlangt, ihn wieder männlich unterstützt, „weil doch
auch die Minderheit gehört werden müsse.“

Auf die boshafte Gegenüberstellung von Henker und Opfer,
die doch nur darauf berechnet sein kann, daß gegen unsere Partei
zu erregen, ist hier nicht der Ort näher einzugehen, das sollte
Sache des Staatsanwalts sein, und Sie, Herr Bamberger,
müßten bestraft werden wegen öffentlichen Aufreizens zum
Klassenhaß!

Das alte Thema von dem Bündnisse der „Roten“ mit all
den Reaktionären, das nun auch von Ihnen, Herr Bamberger,
getreulich abgeleiert wird, hätten Sie doch, um es genießbar zu
machen, mit einigen näheren Angaben würzen sollen; aber das
ist wieder die alte Geschichte in Ihrer Schrift, überall subjektive
Behauptungen, die Gott weiß wie sich bei Ihnen gebildet haben
und die Sie nun Ihren Lesern als absolute Wahrheiten vorzuführen
sich bemühen. Denken Sie, welche Wirkung würden Sie aus-
geübt haben, wenn Sie durch einige, wenn auch nur ganz wenige
präzise Daten solche Bündnisse der Sozialisten und Reaktionäre
in's Licht gestellt hätten! Da gäbe es doch bestimmte Inhalts-
punkte für den Philister, der Ihnen nachbetet, und Ihre An-
hänger hätten wichtige Stützpunkte für ihre Propaganda, die
ihnen jedoch so wie so von den Sozialisten so erschwert wird.

Sie selbst aber, Herr Bamberger, wissen, in welchem Ver-
hältnisse die Sozialdemokratie mit allen übrigen Parteien steht,
Sie wissen, daß wir stets auf uns ganz allein angewiesen sind
(ein anderes Verhältnis übrigens auch gar nicht wollen), Sie
wissen, daß noch bei den letzten Reichstagswahlen alle Parteien
gegen die Sozialisten front machten, und dies ganz besonders
bei den stattgehabten Stichwahlen; Sie, Herr Bamberger, als
langjähriger Parlamentarier, wissen auch, welche Stellung alle
Parteien bei von uns eingebrachten Gesetzesvorschlägen nehmen,
das alles müssen Sie wissen und Sie wissen es, und doch unter-
halten Sie Ihre Leser von solchen Bündnissen. Entweder —
oder, Herr Bamberger, Entweder Sie haben gegen Ihr besseres
Wissen gesprochen, verleumdete, oder heraus mit den Beweisen,
auf die Sie Ihre Angabe stützen. Bringen Sie Ihre Beweise
nicht vor, dann müssen Sie sich schon den Vorwurf, wesentlich
verleumdete zu haben, gefallen lassen. Den „zum Unfugstiften
angeleiteten bösen Buben“ schenken wir Ihnen. Auf solche
Buben-Bemerkungen blickt eine große politische Partei mit stolzer
Indifferenz herab.

Auf pag. 12 fährt Herr Bamberger fort:

„In den nämlichen Fehler — alle Krankheiten auf eine und
dieselbe Weise heilen zu wollen — verfällt, wer uns einreden
will, das deutsche Bürgerthum sei dormalen an derjenigen Stelle
seiner Entwicklung angekommen, wo ihm — gleich der vor-
nehmen Gesellschaft des achtzehnten Jahrhunderts — nichts mehr
zu thun übrig bleibe, als mit guter Manier sich selbst aus der
Welt zu befördern, Gerade das Gegentheil ist die Wahrheit.
Denn richtig wäre es zu sagen: soll die moderne Staatsform,
welche allen unseren politischen Bestrebungen seit einem halben
Jahrhundert als Ziel vor Augen stand, zur Wirklichkeit werden,
so muß das deutsche Bürgerthum erst in die Stelle einrücken, in
die es noch nicht eingerückt ist. Noch lange nicht ist die Masse
in Fluß, welche die Form des parlamentarischen Staates aus-
zufüllen hat, soll diese Form nicht leer von Inhalt bleiben.
Wohin wir sehen, gewahren wir zurückgebliebene Entwicklung.
Dieses Bürgerthum, das die Schnellläufer der Dialektik schon
wieder zum Untergang nach erfolgtem Verurtheilen, es ist
noch gar nicht einmal recht da. Es soll erst noch werden!...“
Hierauf könnte Herr Bamberger in der sozialistischen Literatur

so viele als Antwort passende Stellen finden, daß wir es uns
billig ersparen könnten, auf eine nähere Diskussion über diesen
Punkt einzugehen. Doch sei Engels' „Deutscher Bauernkrieg“
citirt, und zwar schreibt dort Engels in seiner Vorbemerkung
pag. 7: „Die deutsche Bourgeoisie hat das Unglück, daß sie nach
beliebter deutscher Manier zu spät kommt. Ihre Blüthezeit fällt
in eine Periode, wo die Bourgeoisie der anderen westeuropäischen
Länder politisch schon im Niedergang begriffen ist. In England
hat die Bourgeoisie ihren eigentlichen Repräsentanten, Bright,
nicht anders in die Regierung bringen können, als durch eine
Ausdehnung des Stimmrechts, die in ihren Folgen der ganzen
Bourgeoisie ein Ende machen muß. In Frankreich, wo
die Bourgeoisie als solche, als Gesamtklasse, nur zwei Jahre,
1849 und 1850, unter der Republik geherrscht hat, konnte sie
ihre soziale Existenz nur fristen, indem sie ihre politische Herr-
schaft an Louis Bonaparte und die Armee abtrat. Und bei der
so unendlich gesteigerten Wechselwirkung der drei fortgeschrittensten
europäischen Länder ist es heut zu Tage nicht mehr möglich, daß
in Deutschland die Bourgeoisie sich die politische Herrschaft ge-
müthlich einrichtet, wenn diese sich in England und Frankreich
überlebt hat.“

„Es ist eine Eigenthümlichkeit gerade der Bourgeoisie gegen-
über allen früheren herrschenden Klassen; in ihrer Entwicklung
gibt es einen Wendepunkt, von dem an jede weitere Steigerung
ihrer Machtmittel, vorab also ihrer Kapitalien, nur dazu bei-
trägt, sie zur politischen Herrschaft mehr und mehr unfähig zu
machen. „Hinter den großen Bourgeois stehen die Proletarier.“
In demselben Maß, wie die Bourgeoisie ihre Industrie, ihren
Handel und ihre Verkehrsmittel entwickelt, in demselben Maß
erzeugt sie Proletariat. Und an einem gewissen Punkt — der
nicht überall gleichzeitig oder auf gleicher Entwicklungsstufe ein-
zutreten braucht — beginnt sie zu merken, daß dieser ihr prole-
tarischer Doppelgänger ihr über den Kopf wächst. Von dem
Augenblick an verliert sie die Kraft zur ausschließlichen politischen
Herrschaft; sie sieht sich um nach Bundesgenossen, mit denen sie,
je nach Umständen, ihre Herrschaft theilt, oder denen sie sie ganz
abtrüht.“

In Deutschland ist dieser Wendepunkt für die Bourgeoisie
bereits 1848 eingetreten. Und zwar erschrak die deutsche Bour-
geoisie damals nicht so sehr vor dem deutschen, wie vor dem
französischen Proletariate. Die Pariser Junischlacht 1848 zeigte
ihr, was sie zu erwarten habe; das deutsche Proletariat war
gerade erregt genug, um ihr zu beweisen, daß auch hier die
Saat für dieselbe Ernte schon im Boden stecke; und von dem
Tage an war der politischen Aktion der Bourgeoisie die Spitze
abgebrochen. Sie suchte Bundesgenossen, sie verhandelte sich an
sie um jeden Preis — und sie ist auch heute noch keinen Schritt
weiter.“

Sie haben Recht, Herr Bamberger, „es (das Bürgerthum)
ist noch nicht einmal da“. In der That, es ist nicht da, wenigs-
tens nicht in Deutschland, aber hier wird es auch nie werden,
hier wird es nie zu der Macht und Geltung kommen, zu der es
in Frankreich und England gekommen ist. Der Grund hierzu
liegt in der ganzen historischen Entwicklung Deutschlands, das
eben hinter Frankreich und England zurückgeblieben ist. Anderer-
seits bildete sich aber durch Einfluß von innen und außen das
deutsche Proletariat als Klasse so weit, daß es der Bourgeoisie
über den Kopf gewachsen war, als diese im Begriff stand, die
politische Herrschaft anzutreten. Die historische Aufgabe der
Bourgeoisie ist, ein Proletariat zu schaffen. In dieser Aufgabe
genügt, dann muß, dann hilft kein wenn und aber, dann muß die
Bourgeoisie abtreten und „dem nachdrängenden vierten Stande“
Platz machen. Die deutsche Bourgeoisie hatte den Riß gar nicht
bemerkt, der sie innerlich längst vom Proletariat trennte; der
offene Bruch stellte sich erst während der 48er Revolution ein;
darum folgte so jählings auf der Freude über die erlangte po-
litische Herrschaft der Kagenjammer. Darum gab man alle ge-
wonnenen Vortheile so schnell wieder auf. Noch ehe die Herren
sich im neuen Hause umgesehen hatten, säkrsteten sie schon wieder
an die Thüre gesetzt zu werden; darum das Suchen nach einer
schützenden Hand, die zu erlangen man Alles dargiebt und höch-
stens die Ehre durch einen Compromiß wahrer zu müssen glaubt.
Wer übrigens, Herr Bamberger, glauben Sie, sollte die parla-
mentarische Form, von der Sie reden, ausfallen? Sie können
doch zunächst nur an die nationalliberale Partei denken, die doch
nach Ihrer Meinung das Bürgerthum in Wahrheit repräsentirt.
Wir wollen unsere Meinung hier nicht vorbringen, indeßen, Herr
Bamberger, fragen Sie selbst alle Denkenden des In- und Aus-
landes, und soweit man mit dem parlamentarischen Treiben Ihrer
Partei bekannt ist, man wird Ihnen bestätigen, daß, abgesehen
von der Erbärmlichkeit des deutschen Parlamentarismus, es
gerade die Nationalliberalen sind, die stets bemüht waren nicht
nur, daß „die Form“ leerer Inhalt bleibe, sondern daß jene
sich auch wohl dazu verstehen würden, wenn nötig, mit der
Form selbst aufzuräumen.
(Fortsetzung folgt.)

Aus Berlin.

— 20. Juli.
Im ganzen deutschen Reiche wird heute der Anfang mit der
Kaiser-Wilhelm-Collekte gemacht, es wäre denn, daß man
auch in anderen Orten den Eifer der hiesigen Hauswirthe nach-
geahmt hat, die den ungeschicklichen Anfang des Sammelns
schon vor mehreren Tagen gemacht haben. An verschiedenen
Stellen im deutschen Reich hat man seitens der Fabrikanten alle
diesigen Arbeiter mit Entlassung bedroht, welche den üblichen
halben Ridel nicht auf dem Altar dieses von einigen conserva-
tiven Männern in's Leben gerufenen schlaunen Wahlmanövers

opfern wollen. Alle Menschen, die zu dieser Spende nichts beitragen, sind nämlich Sozialdemokraten, ergo werden sie, im Falle sie Arbeiter sind, entlassen. Durch solche rohe und brutale Bedrohungen verliert die Collette jeglichen Werth, sie wird zu einem unmoralischen Zwangsmittel. — Daß nur Personen, die ein Religionsbekenntniß haben, sich an der Spende betheiligen dürfen, ist töplich, da sich nun doch zahlreiche Menschen, die nicht als Sozialdemokraten gelten mögen, ohne Scheu ausschließen können. Daß man aber die Sammlung für diese Spende noch ehe der Kaiser wieder völlig gesund ist, und zwar so kurz vor den Wahlen in Scene setzt, beweist, wie ich oben gesagt habe, daß wir es mit einem schlaunen Wahlmanöver, durch welches das Volk conservativ-patriotisch präparirt werden soll, zu thun haben.

Daß Dr. Max Hirsch, freiwillig-gezwungen, seine Candidatur für den 1. Berliner Wahlkreis aufgegeben hat, wissen Sie schon. In der betreffenden Versammlung herrschte eine sehr angenehme Temperatur; als nämlich ein Arbeiter, ein Gewerkscheinler, für Herrn Hirsch eintrat und von „Schiebung“ sprach, da lärmte und tobte der vornehme „Ordnungs“pöbel liberaler Partei derart, daß der Vorsitzende Dr. Hermes kaum des Tumults Herr werden konnte. Die fortschrittliche „Völkische Zeitung“ schreibt über diese Scene folgendermaßen: „Der Vorsitzende sucht mit Glode und Gurus längere Zeit vergeblich die Ruhe herzustellen. Endlich gelingt es ihm und er bemerkt nunmehr: M. H.! Können Sie denn nicht die Ruhe bewahren, selbst wenn Sie mit dem, was der Redner sagt, in keiner Art einverstanden sind? Widerlegen Sie ihn doch nachher soviel Sie wollen, aber Sie dürfen jedoch nicht Ursache geben, daß man sagt: die liberale Wählerchaft hat einen Redner, der nicht ihrer Ansicht war, im ersten Wahlkreise todtgeschrien!“ — Daß die gemäßigten „Völkische Zeitung“ nicht übertreibt, ist gewiß; in einer fortschrittlich-liberalen Versammlung wurde ein fortschrittlicher Arbeiter von den Bourgeois buchstäblich niedergeschrien! Und das wagt, von Ordnung und Bildung zu reden.

Seit einer Woche fährt die Berliner „Völkische Zeitung“ wieder eine andere Sprache. Hödel ist bei ihr ein krankhafter Auswuchs aus der Gruppe der Sozial-Demagogen, welche agitatorisch auch im Reichstage wirksam sind; Nobiling ist ein krankhafter Auswuchs aus der Gruppe der sozialistischen Theoretiker und die Rasse der Reichstagsbeleidiger gleicht einem Auswuchs der verführten großen Masse. — Das kommt davon, daß Sie im „Vorwärts“ die „Völkische Zeitung“ mehrmals gelobt haben — das kann dies Blatt nicht vertragen, deshalb geberdet es sich auch jetzt wieder so „froh wie Hödel“.

Vier in Berlin haben nunmehr auch die Künstler einen eigenen Candidaten aufgestellt in der Person des Schuhmachermeisters Bierberg, so daß im Durchschnitt für jeden Wahlkreis fünf verschiedene Parteien um den Sieg ringen. Im 6. Wahlkreise candidiren zum Beispiel, außer Hasenclever, der fortschrittlich-nationalliberale Herr Klotz, dann der christlich-soziale Herr Stöcker, dann der kerikale Herr v. Schorlemer und endlich der biedere Handwerksmeister Bierberg.

Die Träger des Namens Nobiling haben die Erlaubniß erhalten, ihren Namen in Edeling umzuwandeln zu dürfen. Wenn nun aber der Thäter Müller oder Schulze geheißt hätte, wie dann? —

Die polizeilichen Belästigungen, denen unsere Genossen bei der Wahlagitation ausgesetzt sind, steigern sich fast noch — doch werden solche, da sie zur Gewohnheit geworden sind, kaum mehr beachtet. Wird ein neues Flugblatt vertheilt, so werden sicherlich einige tausend Exemplare desselben während der Vertheilung den Genossen von der Polizei fortgenommen und einige Duzend Personen, um ihre Namen festzusetzen, zur Wache sistirt. Doch nützt dies nichts; einige tausend Exemplare des betreffenden Flugblatts sind über die nötige Zahl hergestellt und diese werden des andern Tags nach und nach in den Häusern, wo die Verbreitung verhindert worden war, in aller Ruhe vertheilt. — Bei Verbreitung des letzten Flugblattes, am vorigen Donnerstag Abends, erlaubte sich ein „gebildeter“ Fortschrittler, als ihm ein sozialistisches Wahlsflugblatt gereicht wurde, dasselbe zu zerreißen mit der Aeußerung: „Ich gehöre nicht zur Partei der Kaiserermörder!“ — worauf ihm unser Genosse die wohlverdiente Antwort gab: „Aber zur Partei der Hegel!“ Sprach's und klappte die Thür zu.

Die Wahlagitation wird äußerst lebhaft betrieben; die gegnerischen Blätter lamentiren täglich über die „fieberhafte Thätigkeit“, welche die Sozialdemokratie angeht, der bevorstehenden Wahlen entfalte. Und dennoch wird keine Volksversammlung abgehalten, da kein Vokal zu bekommen ist. Vielleicht ist es gut, daß die Lokale verweigert werden. Ich habe nämlich die

festen Ueberzeugung, daß jede Volksversammlung unserer Partei jetzt so massenhaft besucht werden würde, wie noch niemals zuvor — aber nicht allein von Parteigenossen und ehrbaren Bürgern, sondern auch von Spitzeln und allerlei „Geheimen“. Diese Spitzeln und „Geheimen“ rekrutiren sich bekanntlich aus früheren Verbrechern, Louis und Bauernfängern, die schon an Prügelei und Knütteln gewöhnt sind. Wenn eine Volksversammlung nun sehr zahlreich besucht wäre und einige Hundert dieser „edlen“ Staats- und Gesellschaftsretter würden dorthin dirigirt, so ist es denselben leicht, eine Prügelei zu inciniren, und sei es auch nur „unter sich“. Daraus entsteht Tumult, die Polizei löst die Versammlung auf, bereitgehaltene Polizeischaren bringen in die nach Tausenden zählenden, in engem Raum eingepreßten Arbeiter — ein Gemebel beginnt und andern Tags telegraphirt das Völkische Telegraphenbureau in die Welt hinein:

In Berlin ist die helle Revolution ausgebrochen; die Sozialdemokraten, mit Flinten und Säbeln bewaffnet, haben gestern Abend das Rathhaus gestürmt, doch ist Dank dem energischen Einschreiten des Militärs dieser erste Versuch, auch hier die Grenelthaten der Commune zu wiederholen, im Keime erstickt worden.“

Erwünschtes Resultat: In den Provinzen würde noch reaktionärer gewählt werden, denn jetzt, und diesen Gefallen wollen wir doch wahrlich Herrn von Bismarck nicht thun!

Sozialpolitische Uebersicht.

— Es ist Alles schon dagewesen. Die „Chemnitzer Freie Presse“ erinnert die liberale Presse in einem Leitartikel an die Bismarcksche Preßverordnung vom 1. Juni 1863, die sich damals lediglich gegen die Fortschrittspartei richtete, und an die 30er Jahre, wo Stieber seine Carriere begann; das Blatt meint, jetzt könnten die Herren das Bamberger'sche Wort von den „Hunden“ befhätigen.

Wir bringen die Verordnung unseren Lesern zur Erinnerung, damit Niemand erschrecke, wenn das Sozialistengesetz ähnlich lauten sollte:

„Die Verwaltungsbehörden sind befugt, das fernere Erscheinen einer inländischen Zeitung oder Zeitschrift wegen fortwauernder, die öffentliche Wohlfahrt gefährdender Haltung zeitweise oder dauernd zu verbieten.“

„Eine Gefährdung der öffentlichen Wohlfahrt ist als vorhanden anzunehmen, nicht bloß, wenn einzelne Artikel für sich ihres Inhaltes wegen zur strafrechtlichen Verfolgung Anlaß gegeben haben, sondern auch dann, wenn die Gesamthaltung des Blattes das Bestreben erkennen läßt oder dahin wirkt:

„die Ehrfurcht und die Treue gegen den König zu untergraben,

„den öffentlichen Frieden durch Aufreizung der Angehörigen des Staats gegen einander zu gefährden,

„die Einrichtungen des Staats, die öffentlichen Behörden und deren Anordnungen durch Behauptung entstellter oder gehässig dargestellter Thatsachen oder durch Schmähungen und Behöhnungen dem Hasse und der Verachtung auszuweisen,

„zum Ungehorsam gegen die Gesetze oder gegen die Anordnungen der Obrigkeit anzureizen,

„die Gottesfurcht und die Sittlichkeit zu untergraben,

„die Lehren, Einrichtungen oder Gebräuche einer der christlichen Kirchen oder einer anerkannten Religionsgesellschaft durch Spott herabzuziehen.“

— Wir haben schon wiederholt constatiren können, daß nicht alle unsere Gegner in dem allgemeinen Wirbeldanz den Verstand und den Anstand verloren haben. Heute wieder ein Beispiel. Das fortschrittliche, durchaus nicht sozialistisch angehauchte „Frankfurter Journal“ bringt (am 12. Juli) einen auf die Auslassungen der letzten „Prov.-Corresp.“ gemünzten Artikel: „Die „praktische Politik“ der Regierung“, dem wir folgende Stellen entnehmen: Worin besteht denn das Geheimniß des „einzig wirkamen“ Mittels?

Das ganze öffentliche Leben der Sozialdemokratie soll mit Mitteln der Gewalt unterdrückt werden. Jeder Regung dieser Parteirichtung soll es unendlich erschwert, wenn nicht ganz unmöglich gemacht werden, in die äußere Erscheinung zu treten.

Wer glaubt, daß dadurch dieser Partei die Existenzfähigkeit genommen würde, giebt sich einer schweren Täuschung hin. Die Sozialdemokratie wird unter Formen fortleben, welche sich nicht durch die Gewalt erreichen lassen. Statt vor einem Bekannten, mit dem sich rechnen läßt, wird die Gesellschaft vor einem großen Unbekannten stehen, dessen Druck überall empfunden werden

auf den König geschossen, als dieser an der Seite seiner Gemahlin über den Perron des Potsdamer Bahnhofes schritt, um sich in den Wagen zu setzen. Der Schuß hatte den Unterarm des Königs leicht verletzt, der Wörber war auf der Stelle ergriffen und von den Umstehenden so schwer mißhandelt worden, daß die anwesenden Polizeibeamten Mühe gehabt hatten, sein Leben zu retten. Noch an demselben Tage wurde mit einer für unbefangene und besonnene Beurtheiler alle Zweifel ausschließenden Sicherheit festgestellt, daß es sich nicht um eine prämeditirte Sendung, sondern um die That eines Wahnsinnigen gehandelt habe, der zu der Zeit beherrschenden revolutionären Bewegung nie das geringste Verhältniß gehabt hatte. Der Thäter hieß Sefeloge und war ein im Militär-Waisenhaus erzogener, früher dem hochconservativen „Treuhande“ angehörig gewesener ehemaliger Unteroffizier von der Garde-Artillerie, der bereits seit einiger Zeit für halb wahnsinnig galt, und der sein Verbrechen in dem Zustande so vollständiger Unzurechnungsfähigkeit begangen hatte, daß an denselben Unterzuchung, geschweige denn Bestrafung, nicht zu denken war. Weil diese That aber in eine Zeit allgemeiner und krankhafter Erregung der Gemüther gefallen und weil sie von dem Monarchen selbst für eine politische gehalten worden war, wurde sie von der Regierung und deren Organen als solche behandelt und von der bestimmbarsten Rasse der Menschen demgemäß beurtheilt. Die geringfügigsten und gleichgültigsten Umstände verwandelten sich in der Phantastie der Zeitgenossen — namentlich derjenigen der höheren, von Revolutionsfurcht geplagten Stände — alsbald zu Umständen von höchst gravirendem Charakter, zu Symptomen einer großen und allgemeinen Gefahr. Sefeloge, den einer der Begleiter des Königs, der Cabinetsrath Marcus Riebuhr, am Kragen gepackt und „gewürgt“ hatte, war in den Ruf ausgebrochen: „Lacht nur den Hals frei“, aus diesem Ausruf war von Umstehenden ein förmliches „Hoch auf die Freiheit“ gemacht und sobann debucirt worden, der Attentäter müsse ein enragirter Freiheits- und Barricadenmann sein! — Kurz bevor der König den Bahnhof betreten, war ein als „vorgehritten“ bekannter Abgeordneter Berends auf denselben bemerkt und wiederholt am Schalter des Kassirers gesehen worden. Grund genug, um eine demokratische Verschwörung anzunehmen und Berends, Meyer, Streckfuß, Bernstein, den Abg. von Kunowski und ein Duzend anderer

wird. Geschichte und Erfahrung lehren uns nun aber, daß Parteien, welche einmal tiefere Wurzel im Volke gefaßt haben, aus der Verfolgung nur neue Kräfte ziehen. Weite Kreise, welche bis jetzt nichts von der Sozialdemokratie wissen wollten, werden sich derselben mit Sympathie zuwenden müssen, da ihnen die Gegenmaßregeln gegen dieselbe nur als ungerecht und übertrieben erscheinen können.

Unleugbar steht fest, daß gewisse Bewegungen nur mit moralischen Mitteln bekämpft werden können. Wenn die Regierung auf Gewaltmaßregeln größeres Gewicht legt und in die Lage kommt, sie in Anwendung zu bringen (geschieht bereits!), dann ist mit Grund zu befürchten, daß früher oder später eine Katastrophe eintreten wird.

— Ein grober Irrthum ist es, wenn die Berliner „Völkische Zeitung“ behauptet, bei einer Verminderung der sozialistischen Abgeordneten um 5 oder 6 wäre der Beweis geliefert, daß der Heilungsprozeß im Volke bereits begonnen habe. Der Heilungsprozeß von den sozialistischen Irrlehren nämlich. Selbst wenn die Zahl unserer Abgeordneten sich um 5 oder 6 verringert, was durchaus nicht unwahrscheinlich, so sind wir doch fest davon überzeugt, daß die abgegebene Gesamt-Stimmzahl nimmermehr, trotz aller Maßregelungen, zurückgehen wird. Das Lügen- und Schwindelsystem der liberalen Presse in Betreff der Attentate und die Hebereien gegen die sozialdemokratischen Arbeiter haben ganz besonders dazu beigetragen, unsere Reihen zu festigen und zu verstärken. Wir werden überall geschlossen und zuhelfen kommen und mancher Gegner wird staunen, wenn ihm sozialistische Stimmzettel begegnen, wo er es gar nie vermuthete, so z. B. erwähnen die liberalen Blätter nie des 10. sächsischen Wahlkreises, wo Genosse Burdhardt bei der letzten Wahl an 4500 Stimmen erhielt. Behalten wir unsere 600,000 Stimmen oder vermehren dieselben und verlieren einige Abgeordneten, so ist damit keineswegs bewiesen, daß die Sozialdemokratie einen Rückgang zu verzeichnen hätte. Und die „Völkische Zeitung“ hat einen großen Irrthum begangen, ein solches Rechenexempel aufzustellen. Bismarck in Schutz zu nehmen haben wir kein Recht, doch in Betreff des Rückgangs der Fortschrittspartei haben wir uns jedenfalls nicht verrechnet, wenn wir behaupten, daß dies tagtäglich mehr zur Gewißheit wird, wie uns Bayern lehrt. Dort ist es eben alle mit dem Fortschritt.

— Wie die Wahlen in Preußen gemacht werden. Erstens werden unseren Genossen überall Hindernisse in Betreff der Versammlungen und der Lokale in den Weg gelegt, zweitens sammelt man einfach Unterschriften für Regierungscandidaten. Wie es nun am Wahltag zugehen wird, läßt sich gar nicht beschreiben — von einer freien, unabhängigen, geheimen Wahl kann alsdann gar keine Rede sein. Am treffendsten charakterisirt die Antwort des Generals v. Dumenthal die Situation, der, im Wahlkreise Bernigerode-Halberstadt aufgestellt, seinen Wählern brieflich erklärte: „Ich habe mich bisher keiner Partei angeschlossen, ich werde vielmehr mit der Regierung und namentlich unter Leitung des Fürsten Bismarck gehen.“ Das ist kurz und bündig; der Mann verleiht seinen militärischen Charakter auch im Frieden nicht — so aber will es die Regierung haben. Das merkt Euch, Ihr Liberalen aller Schattirungen, wenn Ihr persona grata sein wollt. Eine Zuschrift im „Rürnberger Correspondent“ kennzeichnet dies recht treffend; dieselbe lautet:

„Die zahlreichen Beamten-candidaturen im Lande machen, auch wenn sie nicht so grotesk-komisch wie von den vereinigten Staatsanwälten in Breslau in Scene gesetzt werden, einen um so peinlicheren Eindruck, je größer die Rudringlichkeit ist, mit welcher solche Candidaturen aufgestellt oder aufrecht erhalten werden. Die Aufstellung derartiger an sich aussichtsloser Candidaturen, selbst wo starke sozialistische, kerikale oder polnische Parteien vorhanden sind, kennzeichnet am schärfsten, daß dieser Wahlkampf vor Allem gegen den Liberalismus geführt wird. Der Oberpräsident Achenbach ist sogar in dem hart von den Polen bedrängten Kreise Marienwerder veranlaßt worden, gegen den Oberbürgermeister v. Winter zu candidiren. Der Herr Oberpräsident wird auch, wie es in dem Wahlaufsatz scherzhaft genug heißt, „den Bestrebungen der Reaktionspartei im Reichstage entschieden entgentreten“. Herr Achenbach selbst hätte entschieden lieber gewünscht, fern von Madrid ein politisches Stillleben führen zu dürfen. Auf Befehl des Ministers des Innern werden jetzt überall von den Polizeipräsidenten und Landräthen „die Absichten und Wünsche“ der Regierung angeht, die Wahlen veröffentlicht nach einem Auszuge der „Provinzialcorrespondenz“, in welchem seltsamer Weise von Tabaksmopol und Tabaksbe-

Anhänger der Bewegungspartei als verdächtig verhaften, in den Wohnungen dieser Männer Recherchen vornehmen zu lassen und Berlin mit den abgeschmacktesten und abenteuerlichsten Gerüchten zu erfüllen.

Fünf Tage nach der That Sefeloge's, am 27. Mai, hatte ein Wahnstinniger, der frühere Offizier Robert Pate, mit einem Stock nach der Königin Victoria geschlagen, als diese nach glücklich überstandener Wochenbett (am 1. Mai war der Herzog Arthur von Connaught geboren worden) ihre erste Ausfahrt machte: „Eingeweichte“ des Berliner Hofes und seiner Umgebung versicherten sofort mit wichtiger und zuverlässiger Miene, daß zwischen beiden Verbrechen ein innerer Zusammenhang bestehe, daß beide zu Paris von einer Bande verzweifelter Revolutionsmänner geplant worden und daß dem Minister von Manteuffel bereits mehrere Tage vor dem verhängnißvollen 22. Mai Warnungen der Pariser Polizei vor einem in der Vorbereitung begriffenen großen Verbrechen zugegangen seien, die jeder leider in den Wind geschlagen habe! Dergleichen wurde erzählt, geschrieben, gedruckt und geglaubt, obgleich es den Stempel abgeschmacktester und sinnloser Erfindung an der Stirn trug! — Der König selbst, den die Erfahrungen der Jahre 1848 und 1849 in den Grundvesten seines Wesens erschüttert und um das Vertrauen zu sich selbst, wie um das Vertrauen zu seinem Volke gebracht hatten, — bot den Zuflüsterungen seiner von den ausschweifendsten Parteileidenschaften beherrschten Umgebung ein nur allzu bereittes Ohr und trug dadurch (wenigstens indirekt) zu der Verwirrung der Gemüther bei, die Wochen lang ihr Wesen trieb und die vorhandenen politischen Gegensätze zu einer Schroffheit steigerte, wie sie in Deutschland und vollends in dem von festen bürokratischen Traditionen beherrschten Preußen unerhört gewesen war. Von Tag zu Tag nahmen Ansehen und Einfluß der „kleinen, aber mächtigen“ Partei zu, welche das unglückliche Ereigniß meisterhaft dazu ausnützte, die zwischen Regierung und Bevölkerung bestehende Kluft zu erweitern und den König zu vollständigem Bruch mit der Verfassungssache zu nöthigen, in welche er — freilich wider Neigung und Willen — gezogen worden war und von der er nicht wieder loskommen konnte.

Die zahlreichen Verhaftungen, Hausdurchsuchungen und Instruktionen, zu welchen das Verbrechen vom 22. Mai 1850 Veranlassung gegeben, blieben völlig ergebnislos. Die verhafteten

Zwei Attentate.

(Aus dem „Hamburgischen Correspondent“.)

II.

Das Attentat vom 22. Mai 1850.

Das Tschech'sche Attentat war die That eines bewußt handelnden, gebildeten, im höheren Lebensalter stehenden Mannes gewesen, der aus dem Radicalismus seiner religiösen und politischen Anschauungen niemals ein Hehl gemacht hatte; dieses Verbrechen war in eine Zeit gefallen, deren politische Unklarheit und Unruhe es durchaus begreiflich hätte erscheinen lassen, wenn man dasselbe mit den schlesischen Weberunruhen oder mit der liberalen Bewegung in den Rheinlanden in Verbindung setzte und für ein Complot gegen das Leben eines Fürsten anjah, der den auf ihn gesetzten volksthümlichen Erwartungen nicht entsprochen hatte. Der Versuchung, die Sache unter diese Gesichtspunkte zu rücken, waren der auf der Höhe seiner Kraft und Gesundheit stehende König und seine Rathgeber mit richtigem Takt aus dem Wege gegangen. Allen jugelüsteren Verdächtigungen zum Trost hatte Friedrich Wilhelm IV. erklärt, daß er sich durch die That eines Einzelnen in dem Vertrauen zu seinem Volke nicht werde beirren lassen, und diese Erklärung consequent und mannhaft aufrechterhalten. Der Haltung des Monarchen war diejenige der Regierung conform gewesen, auch diese hatte sich angelegen sein lassen, das Verbrechen Tschech's als ein durchaus unpolitisches zu behandeln und das schon wegen der Heimlichkeit des damaligen Gerichtsverfahrens vielfach argwöhnische und zur Rannegieherei geneigte große Publikum von der Irthümlichkeit der gegenwärtigen Auffassung zu überzeugen. Auf solche Weise war der traurige Vorgang vom 26. Juli 1844 an den öffentlichen Zuständen der preussischen Monarchie vorübergegangen, ohne irgendwelche Spur zurückzulassen zu haben.

Sechs Jahre später kam ein zweiter Mordanschlag gegen das Leben Friedrich Wilhelm's IV. zur Ausführung, der in seinem Wesen wie in seinen Folgen das direkte Widerspiel der Tschech'schen That war. In demselben Monate, der durch das Scheitern des Berliner Fürstencongresses das Fiasko der deutschen „Union“ und ihres zu Erfurt unternommenen Reichstags-Experimentes besiegelt hatte, — am 22. Mai 1850, Mittag 12 Uhr, wurde

steuerung nicht mit einer Silbe die Rede ist, dagegen desto mehr von allen nur erdenklichen Steuererleichterungen gesprochen wird. Der Landrath Forster hat am Schlusse dieser Publikation kurzer Hand die Wähler amtlich „aufgefördert“, für den Regierungscandidaten Schön zu stimmen. Anscheinend wird unsere jetzige innere Entwicklung mit der letzten französischen Krisis auch darin Aehnlichkeit haben, daß demnächst eine große Anzahl von Wahlen höherer Verwaltungsbeamten durch Ungültigkeitserklärung wegen solcher Wahlbeeinflussung zur Erneuerung gebracht werden muß. Besonders auffällig und eifrig geberdet sich das höhere und niedere Eisenbahnpersonal allenthalben im Interesse der Regierungswahlen — eine Mahnung mehr, der weiteren Ausdehnung des Staatseisenbahnsystems Schranken zu setzen.“

— Bismarck's rechte Hand. Die „Berliner Freie Presse“ brachte eine Reihe von Artikeln, welche sich mit der Vergangenheit des früheren Communisten, jetzigen Geheimen Raths, Lothar Bucher, beschäftigten. Am Schlusse befindet sich ein Brief Bucher's an Lassalle, den wir seines interessanten Inhalts halber hiermit zum Abdruck bringen. Er lautet:

Berlin, 22. Januar 1862.
Werdersche Rosenstr. 3.

Lieber Lassalle!

Es ging gestern Abend doch nicht ohne alles Getränk ab, und ich habe die schlaflose Nacht benutzt, um im Zusammenhange zu überdenken, was wir, oder vielmehr, was Sie gesprochen haben. Ich bin ein langames Thier im Argumentiren und bin mir selten auf der Stelle aller Voraussetzungen bewußt, auf denen mein Urtheil über eine verwickelte Frage instinktmäßig beruht.

Der ganze Kern Ihrer Schlussfolgerungen hängt, wie ich gestern sagte und Sie einräumten, an der Frage, ob es möglich ist, in Deutschland die bestehende Ordnung (oder Unordnung) der Dinge niederzuwerfen und niederzuhalten. Das Erste halte ich für möglich, das Letzte nicht. Sie sind darin mit mir einverstanden, daß mit einer nackten politischen Revolution (das Wort nicht in dem aristokratischen, sondern in dem ganz und gäben bornirten Sinne genommen), daß mit einer Aenderung der Verhältnisse nichts erreicht sein würde. Ist es aber auf eine Aenderung der gesellschaftlichen Zustände, mit anderen Worten des Besitzes und Möglichkeiten des Erwerbs abgesehen, so haben wir nicht bloß, wie die französische Revolution, die Reste einer tausendjährigen verwickelten Organisation zu zerstören und, wie die französische Revolution, ein neues Evangelium an die Stelle zu setzen, sondern wir haben das Gleiche mit der auf Grund jener Revolution entstandenen Bourgeoisordnung zu thun. Wie jäh diese leptere ist, darüber sind wir einig. Was Sie an die Stelle setzen wollen, befriedigt mich nicht. Alle Maßregeln, die Sie nennen, sind doch wieder nur politisch, juristisch kann man sagen, stehen auf dem alten sozialen Boden, schaffen nur neue Bourgeois. Und diese neuen Besitzverhältnisse, neu durch einen Wechsel der Personen, nicht, um mich so auszudrücken, durch die chemischen Eigenschaften des Stoffes, könnten nur behauptet werden durch einen permanenten Krieg, einen Terrorismus einer sehr kleinen Minorität (ich schätze sie nach statistischen Quellen und meiner genauen Kenntniß der ländlichen Bevölkerung in den östlichen Provinzen). Es ist richtig, daß Revolutionen nur durch Minoritäten gemacht werden, aber es ist auch richtig, daß sie nur behauptet werden, wenn die Minorität der Majorität einen Genuß, wenigstens einen Glauben zu bieten hat. Ich komme also auf mein altes Wort zurück: es fehlt dem populo der Dio und uns das, wofür man mit Ehren untergehen könnte. Bedenken Sie dazu noch Eins: daß jede sozialistische Bewegung in Frankreich auf lange Zeit hinaus mit dem Roth und Gift des Bonapartismus vermischt ist und bei uns eine Menge gesunder und reiner Elemente gegen eine ähnliche Bewegung bei uns waffnen würde. Fragen Sie mich nun: was sonst? So habe ich nur die lahme Antwort Machiavelli's: Politil ist die Wahl unter Uebeln. Ein Sieg des Militärs wäre ein Uebel, aber ein Sieg des heutigen Oesterreich wäre kein Sieg des reaktionären Prinzips. Dafür stelle ich Ihnen als Zeugen die Berliner „Revue“, die in einer langen Reihe von Artikeln ausführt, daß „Gottes Ordnung“ in Oesterreich gründlicher zerstört werde, als irgendwo in Deutschland. — Wenn Sie alle Gründe kennen, die ich habe, diese alte Weltordnung zu hassen, so würden Sie die Ueberwindung würdigen, die es mich kostet, so objektiv die Dinge anzusehen.

Freundschaftlich der Ihrige

L. Bucher.

Diesem Briefe läßt unser Berliner Parteiblatt nachfolgende Enthüllung folgen:
In Sachen Lothar Bucher's wird uns von wohlunterrichteter

Seite versichert, daß der Agitationsplan für den „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ nicht, wie wir annahmen, von Herrn Bucher, sondern allerdings von Lassalle persönlich verfaßt wurde. Bucher wurde nur und zwar wiederholt zur Berathung hinzugezogen, seine weitergehenden Ansichten aber aus taktischen Gründen nur zum Theil berücksichtigt. Diese Auffassung wird bestätigt durch den Inhalt eines von uns bereits citirten Schreibens des Herrn Bucher an die Frau Gräfin Hafffeld, das uns erst jetzt seinem Wortlaute nach vorliegt. Es lautet vollständig wie folgt:

Berlin, 15. Januar 1866.

Ev. Hochgeboren

habe ich von dem Urtheil in Kenntniß gesetzt, welches Herr Robbertus über die Entwürfe Lassalle's und die Rathsamkeit einer Veröffentlichung der Benutzung derselben ausgesprochen hat. Heute erhalte ich eine ausführliche schriftliche Motivirung dieses Urtheils. Da Ev. Hochgeboren mit einem biographischen Werke über L. und mit der Fortsetzung seiner agitatorischen Thätigkeit beschäftigt sind und da ich eine richtige Behandlung jener Entwürfe für unendlich viel wichtiger halte im Interesse des Verstorbenen, als alle die Punkte, die Ev. Hochgeboren zum Gegenstande von Streitigkeiten zu machen sich gefallen, so setze ich mich über alle Bedenken hinweg, die zu nehmen ich so viel Grund hätte, und überhinde Ev. Hochgeboren mit dem Ersuchen und unter der Bedingung der Rückgabe hiermit das Robbertus'sche Schreiben vom 12. d. Mts., welches zu dem Schlusse gelangt, daß man dem wissenschaftlichen Andenken Lassalle's keinen ärgeren Streich spielen könnte, als wenn man den Agitationsplan veröffentlichte, in dem Lassalle ganz mit dem so heftig von ihm bekämpften Proudhon übereinstimmt. Robbertus versteht die Sache und ist frei von jeder Eifersüchtelei. Ich glaube daher den Willen Lassalle's zu exekutiren, indem ich diese Scripta vernichte.

Die „Magdeburgische Zeitung“ findet in einem „Die Sozialdemokratie im hohen Regierungsamte“ überschriebenen Artikel es durchaus nicht so schlecht, wenn Bucher, früher zur communistischen Partei gehörend, jetzt anderen, entgegengelegten Ansichten huldige. Nur das will ihr nicht gefallen, daß Bucher als ein Mann, der ein so hohes Amt bekleidet, in dieser Stellung auch Mitglied der Internationale gewesen ist und sogar einen bekannten Sozialistenführer für ein Staatsblatt engagiren wollte. Sie findet ferner, daß die Marx'schen Briefe bisher unwiderlegt geblieben und somit auch wirklich wahr sind, und entsetzt sich vor solchen Thatsachen. Sie schließt daraus, daß die governementale Partei und nicht die Liberalen den Sozialismus groß gezogen haben. Die Magdeburgerin mag sich trösten: von Neugeborenen kann man nichts Anderes erwarten und der Sozialismus ist das Produkt der heutigen Gesellschaftsordnung, nichts Künstliches, nichts Gemachtes. Der Sozialismus war und ist ohne Bucher, ohne Magdeburgerin — die Zustände, die Verhältnisse haben ihn geschaffen und die Wissenschaft hat das Verdienst, das unsterbliche Verdienst, die Mittel und Wege angegeben zu haben, mit Hilfe deren eine Verbesserung herbeigeführt werden kann.

— Die deutschen Panzerschiffe sind doch wahrhaft prächtige Seeungeheuer. „Friedrich der Große“ ist vor Jahresfrist auf den Sand gefahren und liegt todtkrank darnieder, er wird erst in mehreren Jahren laum wieder als „sechtätig“ hergestellt sein; der „Große Thurm“ ruht auf dem Meeresgrunde; der „Kaiser Wilhelm“ hat sich das Vordertheil eingeernt. Und als derselbe von England in seine Oseeheimath zurückkehrte, fiel ihm noch ein kleineres Handelschiff zum Opfer, welches er umrannte. Und nun hören wir wieder, daß am vorigen Donnerstag die Panzerregate „Deutschland“ auf einen schwimmenden Krahn bei Varel gestopfen ist, der nur mit den größten Anstrengungen vor dem Sinken bewahrt wurde. — Nicht wahr, das deutsche Reich hat eine stolze Marine? Wenn die einmal in's Gefecht kommt, dann wird's „flutschen“.

— Internationales Denunziantenthum und Sozialistenhag. Der „Neuen Freien Presse“, der man doch gewiß kein „Viehwagen“ mit den Sozialdemokraten nachsagen kann, entnehmen wir folgende Einzelheiten über die Ausweisung eines Communarden aus Wien. Vor einigen Wochen erhielt die Polizeidirektion von Wien durch ein anonymes Schreiben die Nachricht, daß ein in der Silberwaarenfabrik von Kinkosch beschäftigter Ciseleur, Namens Aristide Barré, im Jahre 1871 Mitglied der Pariser Commune gewesen sei und sich an der Ermordung des Erzbischofs Darbov betheiligt habe. Die Sicherheitsbehörde der Polizeidirektion stellte ungesäumt die nöthigen Erhebungen an, welche ergaben, daß der anonyme Schreiber zur Hälfte ge-

— Die englische Post. Der Bericht der Postverwaltung für Großbritannien pro 1876 enthält verschiedene interessante Einzelheiten: Die Gesamtzahl aller im Königreich auf die Post gegebenen Briefe betrug 1,018,955,200, 1 Prozent mehr als im Vorjahre, oder 31 Briefe per Kopf der Bevölkerung. An Postarten sind 92,935,700 befördert worden, um 6,7 Prozent mehr als im Jahre 1875, an Bänderpaketen 298,790,800 oder 6,8 Prozent mehr, und an Zeitungen 125,065,800. Die Zahl eingeschriebener Briefe betrug 5,095,115, was ungefähr einen eingeschriebenen Brief auf 200 gewöhnliche Briefe ausmacht. Als unbestellbar wurden 5,897,724 Briefe in das Returned Letter Office zurückbefördert, oder einer auf 16 aufgegebenen Briefe. Von diesen kamen nahe an $\frac{1}{10}$ entweder an die Absender oder an die Adressaten. Mehr als 33,100 Briefe wurden ohne irgend eine Adresse aufgegeben; von diesen enthielten 32 zusammen etwa 390 Pf. St. in Münze und Banknoten und nahezu 5000 Pf. St. in Cheques, Wechseln u. s. w. Etwa 79,000 Freimarken wurden in den verschiedenen Postämtern lose umherliegend gefunden. Ohne alle Umkleidung wurden 14,346 Gegenstände aufgegeben. Ein Brief mit Banknoten im Betrage von 1000 Pf. St., an eine Bank adressirt, wurde offen vorgefunden. In einer unbestellbaren Zeitung fanden sich 4 Sovereigns und in einer andern ein goldenes Medaillon vor. Unter den postreglementwidrigen Sendungen sind hervorzuheben: künstliche Augen und Zähne, Perrücken, Blumen, Obst und Gemüse, Wildpret aller Art, Fische, Blutegel, Frösche, Schlangen und Eidechsen. Eine lebendige Schlange, die aus einem Postpaket entschlüpft war, wurde in Holyhead und Kingstown Marine-Postamt entdeckt, und da sie nach Verlauf von 14 Tagen von ihrem Eigenthümer nicht reklamirt wurde, dem Zoologischen Garten in Dublin übergeben. Ein Paket mit einem lebenden gehörnten Frosch kam in Liverpool von den Vereinigten Staaten Nordamerikas an und wurde dem Adressaten behändig. Die Zahl der im Jahre aufgegebenen Telegramme betrug mit Ausschluß der Zeitungstelegramme 23,440,439 oder 900,000 mehr als im Vorjahre. Das Reinertragniß der Post belief sich in 1876 auf 1,947,000 Pf. St.

— Herostatus-Naturen. Der „Pfälzische Kurier“ enthält folgende interessante Mittheilung aus Baden: Mögen es auch vorwiegend politische Beweggründe gewesen sein, die den

logen, zur Hälfte die Wahrheit gesprochen habe. Barré, dem der Fabrikant Kinkosch übrigens das beste Zeugniß ausstellt, war in der That Mitglied der Pariser Commune, doch wurde zweifellos sichergestellt, daß derselbe mit der Ermordung Darbov's nichts zu thun hatte. Auf Grund der bestehenden Verordnungen fand sich dennoch die Polizeidirektion veranlaßt, die Ausweisung Barré's aus den Ländern der österreichischen Krone zu verfügen. Zur Ordnung seiner Angelegenheiten wurde dem Ausgewiesenen eine Frist von vier Wochen bewilligt. Barré hat sich während seiner Anwesenheit in Wien einer tadellosen Aufführung beflißen, und man ist daher in seiner Umgebung, welche den kunstverständigen und fleißigen Franzosen sehr schätzte, um so unangenehmer von seiner Ausweisung überrascht.

„Tadellose Aufführung“, „kunstverständlich“, „fleißig“ — das ist Alles Blunder — der Mann war Communard — und damit ist Alles gesagt! „Thut nichts, der Sozialdemokrat wird verbrannt!“ — Ja, verbrannt auf alle Fälle! Fortschritt, Cultur, neunzehntes Jahrhundert — mir graut vor Euch!

— Wir finden in der „Berliner Freien Presse“ folgende Erklärung.

Unter Berlin, d. d. 14. Juli, hat ein Reporter eine Notiz an die „Magdeburgische Zeitung“ gesandt, welche in der Beilage vom 16. Juli genanteter Zeitung Aufnahme gefunden hat und in der die Behauptung aufgestellt ist, daß der Untersuchungsrichter in dem Robilingprozeß, Herr Stadtgerichtsrath Jöhl, sämtliche früheren Reichstagsabgeordneten der sozialdemokratischen Partei zur Vernehmung vorgeladen hätte, um festzustellen, wann und wo und in welcher sozialdemokratischen Versammlung Robiling gesprochen habe. Der Reporter fährt dann wörtlich fort: „Von allen Vorladungen an die erwähnten Abgeordneten erreichte nur eine ihr Ziel und zwar die an Frischke; die anderen konnten nicht behändigt werden, weil der augenblickliche Aufenthalt derselben, bis auf den von Most, nicht bekannt war.“ Der Zweck dieser mysteriösen Andeutung ist leicht zu errathen. Die früheren sozialdemokratischen Abgeordneten, die fast sämmtlich bei den Neuwahlen wieder candidiren, sollen vor dem Volke benutzirt werden, daß sie sich entweder auf der Flucht befänden oder aber, daß sie sich heimathlos umhertrieben. Daß vernünftige Leute auf solches Reporterstücken nicht „hereinfallen“, ist wohl wahr, aber es giebt, wie die letzten Wochen bewiesen haben, in Deutschland noch eine sehr große Anzahl von Leuten, welche jeder, auch der schamlosesten Reporterliche, falls sie sich nur gegen die Sozialdemokratie wendet, Glauben schenken.

Aus diesem Grunde allein fählt sich der Unterzeichnete zu der Erklärung bewegen, daß obige Notiz der „Magd. Zig.“ von Anfang bis zu Ende erlogen ist.

Der Unterzeichnete war am 18. Juni behufs einer Vernehmung selbst bei dem Herrn Untersuchungsrichter, Stadtgerichtsrath Jöhl, der ihm auf Befragen versicherte, daß außer Herrn Frischke und Unterzeichnetem kein früherer Abgeordneter der sozialdemokratischen Partei von ihm vorgeladen worden sei.

Es ist wahrlich eine äußerst schmachvolle Erscheinung, daß die herrschende Presse vielfach durch ihre Reporter zu einer gemeinen Lügnerin und Verleumderin sich stempeln läßt; noch schmachvoller für die herrschende Presse und für ihre Leser ist es, daß es zwei bis drei mit der Polizei befreundeten, geldhungrigen Berliner Reportern gelungen ist, durch ihre Hölle- und Robiling-Lügen ganz Deutschland mehrere Wochen hindurch in eine höchst verderbliche Aufregung zu versetzen; am schmachvollsten aber für die heutigen Presseverhältnisse ist es, daß diese selben Leute immer noch, wie vorstehender Fall zeigt, ihr unsauberes Wesen treiben können, daß solchen notorischen Lügnern immer noch die Spalten der sogenannten „anständigen“ Presse, zu der doch die „Magdeburgische Zeitung“ gewiß gehören will, offenstehen.

Ueber meine Vernehmung in dem Robilingprozeß, die ohne irgend welche besondere Bedeutung war, theile ich hier deshalbs nichts mit, weil ich es bei einem Prozeßverfahren für unrecht erachte, daß, bevor die Beweisaufnahme geschlossen ist, irgend welche Mittheilung über den Prozeß in das Publikum gelange.

Berlin, den 19. Juli 1878. Wih. Hasenclever.

— Das am 15. Juli ausgegebene Heft 20 der „Zukunft“ enthält: Die Bestimmungsgründe des Preises unter der sozialistischen Produktionsweise von Maximilian Schlesinger. — Wilhelm Weitling und sein System der Harmonie und Freiheit (Schluß). — Die Schweizerische Reformtheologie und die soziale Frage. — Gegen die Proportional-Vertretung, von Max Kayser. — Recensionen.

demokratischen Abgeordneten und Volksredner mußten ebenso auf freien Fuß gesetzt werden, wie die einzelnen in Untersuchung gezogenen ehemaligen Kameraden Sefeloge's, die Erzählungen von dem Pariser Complot und von dem Zusammenhang zwischen Sefeloge und Bate erwiesen sich als einfältige Erfindungen einfältiger und leichtgläubiger Leute, — der Urheber des Verbrechens wurde weder auf das Schaffot noch in das Fuchthaus, sondern in eine Irrenanstalt gesendet, in welcher er nach einigen Jahren verstarb. Der Schaden, den der Schredenstaumel der Sommermonate des Jahres 1850 gestiftet hatte, ließ sich aber nicht mehr zurücknehmen, und als die preussische Regierung auf den Dlmäher Konferenzen vom 28. und 29. November desselben Jahres die größte moralische Niederlage erlitt, welche je einem wahrhaft großen Staate zugefügt worden, war die Schadenfreude darüber im eigenen Lande womöglich noch größer als in den Nachbarstaaten. Dieselben russischen und österreichischen Hofleute, die im Mai und Juni gefunden hatten, „qu'il était horriblement triste de voir le parti populaire prendre recours à l'assassinat“, waren jetzt von der Undurchführbarkeit des Unternehmens der Berliner Regierung erfüllt, „nicht zu halten, was man doch einmal versprochen habe, et d'avoir recours à des lois comme celles de la presse, pour se dépopulariser, après avoir tout sacrifié à la popularité!“ — Das unpolitischste aller Attentate des Jahrhunderts war künstlich und absichtlich zu einem politischen Ereigniß gemacht worden, und das unter der Regierung desselben Fürsten, der seine Fähigkeit zu ruhigem und besonnenem Urtheil und zur Wahrnehmung der wahren Interessen seines Staats und seiner Dynastie im Jahre 1844 so glänzend bewiesen hatte! Bei der That Tsched's, so äußerte ein Beobachter jener Zeit im Mai 1850, hat die Regierung Alles aufgeboten, um die That nicht als eine politische erscheinen zu lassen. Jetzt will man um jeden Preis eine politische That haben, so gern man auf der andern Seite auch verneinen würde, daß ein Unteroffizier und Jögling des Militär-Waisenhauses demokratisch gesinnt sein könne.“ — In allen Zeiten sind die in den Willen gefahrenen Leidenschaften und vorgefaßten Meinungen der Menschen eben stärker und bestimmender gewesen, als die Ergebnisse ihrer Einsicht.

Robiling zu seiner schrecklichen That veranlaßt haben, so glaube ich doch, daß auch in ihm, wie in so vielen großen Verbrechern, so etwas von einem Herostatus steck. Auch Oskar Becker gab seiner Zeit als Grund seines Morbanfalls auf den König von Preußen (den jetzigen Kaiser) politische Anschauungen an, indem er sagte, er erblicke in der Person des Königs von Preußen ein Hinderniß für die Einigung Deutschlands, welches er wegzuschaffen sich berufen gefühlt habe. Dabei war er aber ganz von herostatischen Gedanken erfüllt. Ich wurde in dem Jellengefängniß, in welchem er seine Strafe abzubüßen hatte, als Beamter angestellt, und zwar fast zur selben Zeit, als er dahin kam. Schon beim zweiten, durch die Hausordnung vorgeschriebenen Besuch, den ich ihm machte, fragte er mich: „Sie waren wohl begierig, mich zu sehen — nicht?“ Als ich ihm erwiderte, ich hätte ihn bereits vor den Schranken des Schwurgerichts gesehen, meinte er: „Ach so! Wie hoch schätzen Sie das Publikum? Mindestens 700—800 — nicht wahr?“ Auf meine Entgegnung, daß der Saal höchstens 150—200 Menschen fasse, fuhr er fort: „Nun ja, aber ich habe gesehen, daß man sich weidlich gedrückt hat meinetwegen; es waren auch viele Damen da. Wenn ich nur lesen könnte, was die Zeitungen über mich sagen!“ Die Ueberzeugung, daß er ein höchst interessanter Mensch sei, hat er während seiner etwa vierjährigen Haft festgehalten, und in gewisser Beziehung war er es auch, denn es kam öfters vor, daß ihn fremde Besucher der Anstalt zu sehen verlangten, was aber nicht gestattet werden konnte. Immer suchte er die Anstaltsbeamten darüber auszufragen, was man von ihm spreche, allerdings ohne Erfolg, da derartige Unterhaltungen mit Gefangenen untersagt sind. Als ich von der Anstalt wegversetzt wurde, zeichnete er — mit Hilfe seines kleinen Spiegels — sein ziemlich gelungenes Bild und händigte mir dasselbe mit der Bitte ein, es meiner Braut zu geben, wenn ich eine hätte. Dieses Bild hängt heute noch über meinem Schreibtische. Kaum waren einige Wochen nach meiner Verweisung verfloßen, so erhielt ich von Brüssel aus ein Telegramm des Inhalts: „Herr R.! Ich bin frei, frei, frei. Von Philadelphia aus wird man von mir hören.“ Er war vom Großherzog unter der Bedingung, daß er Deutschland verlasse, benachdigt worden. Aus Philadelphia hörte man aber nur noch von seinem bald nach seiner Ankunft erfolgten Tode.

Correspondenzen.

Aus Louisiana. Die amerikanische Presse, ihrem alten Verufe treu, ist mit Beginn der „Hundsmomente“ wieder mit Haschen nach Sensationen beschäftigt. Bei der Karität von Newsteiten — selbst die gegenwärtig stattfindende sog. Potterunterstützung anlässlich der bei der letzten Präsidentenwahl verübten Schwindelereien ist zu abgesehen, um Interesse zu erregen — giebt es für die Lohnschreiber nur einen Ausweg, dem Bedürfnis ihrer Leser zu genügen, nämlich: Neuigkeiten zu erfinden; eine Eigenschaft, in der denn auch das Mögliche geleistet wird. — Vor einigen Wochen wurde das Lesepublikum mit dem „Umsichgreifen des Communismus“ in Spannung erhalten, der den geduldbigen Spießbürger beinahe aus der Haut fahren ließ, in Anbetracht der „nahen Gefahr“, die dadurch seinem Leben und Eigentum gedroht würde. Man sieht, die Herren Editoren kennen ihre Pappenheimer. Da wurden nun gefährliche Geschichten berichtet von Chicago, St. Louis, Cincinnati und andern Städten. Großartige Waffenansammlungen sollten dort stattfinden, Exercitien vorgenommen werden, und das solle darauf hindeuten, den Kapitalisten den Garaus zu machen bei der ersten sich darbietenden Gelegenheit. Natürlich wird Solches derart berichtet, daß die mit dem Sozialismus Unbekannten die sozialistischen Arbeiter als eine Menschenkaste betrachten, die „ausgerottet“ werden muß. Indes nur gemacht. Eingeständenermaßen ist der Einfluß der Sozialdemokratie schon so erkennbar, daß im Laufe der Zeit alle reaktionären Parteien ihr gegenüber Stellung zu nehmen haben, um deren Sieg zu verhindern. Von diesem Gesändnis wollen auch wir Alt nehmen. Die Scheidung zwischen Arbeiter und Bourgeois wünschen auch wir. — Zu den moralisch verkommensten Editoren der deutsch-amerikanischen Presse zählt unbedingt Förster, Redakteur der hiesigen „Deutschen Zeitung“ (dasselbe Blatt, welches nur gehässig und entstellt citirt), ein Subjekt, das unbedingt im „Vorwärts“ an den Pranger gestellt werden sollte. Bei Gelegenheit der „Attentate“ auf den Kaiser hatte dieser Redakteur die Freiheit, unsere Partei als eine „Mörderbande“ zu bezeichnen und hervorragende unbescholtene Männer, die im Dienste der Partei stehen, mit dem Namen „Kanaillen“ zu beehren. Tag für Tag folgten die niederträchtigsten Beschimpfungen, denen die wenigen wirklichen Sozialisten machtlos gegenüber standen, da jede Entgegnung oder Berichtigung abgelehnt wurde. Eine schwach besuchte Versammlung unsererseits, in der dieser Preschandit gehörig gezeigelt wurde, entzog ihn der verdienten Strafe, die übrigens eines Tags schon verabsolgt werden wird, und zwar hier in New-Orleans, in derselben Stadt, wo er sich als Repräsentant der Deutschen gerirt. — Auch hier wird die Sozialdemokratie stark werden, die Agitation wird sich auch auf den Süden ausdehnen, dafür sorgen wir. — Die Arbeiterverhältnisse, welche hier höchst traurig sind, werde ich später vielleicht eingehender berichten. New-Orleans ist im Gegenjahre zu früheren Jahren wie ausgestorben, und darnach kann auf den übrigen Süden geschlossen werden. Die ganze Stadt macht den Eindruck eines im rapiden Niedergange gehenden Gemeinwesens, das sich kaum wieder emporrichten wird. Bankrott auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens; giebt es einen besseren Beweis von der Verfehlung der Gesellschaft?

Kopenhagen, 12. Juli. Von allen Seiten findet man Nachrichten, nur von hier fehlt seit längerer Zeit irgendwelches Lebenszeichen. Es ist aber auch in der Partei kein richtiges Leben, seit der Heiland gen — Amerika fuhr, und nun erwartet man, daß ein großer und lechter Prophet kommt, der ohne weiteres den Zukunftsstaat herstellt mit allen sieben Himmeln Mohameds. Ja Einige hoffen auf jetzt noch auf die baldige Wiederkehr des Herrn — Bio! So ungefähr ist die Situation hier. In der jüngsten Zeit sind ein paar Genossen hier angekommen, der Eine ein Deutscher, der eine Reihe von Jahren in Jütland gearbeitet hat und der Sprache ziemlich mächtig ist, der Andere ein Däne, der kürzlich erst aus Deutschland zurückgekehrt, welche bestrahlt sind, die Stodung zu heben und die Partei, welche, geradezu gesagt, nur vegetirt, neu zu beleben. Möge es ihnen gelingen, denn die Schwierigkeit darf man nicht unterschätzen, erst das Interesse zu wecken und von der unheilvollen Bahn abzulenken, auf der es von Beginn an ruhte.

Auch einen schweren Verlust hat die Partei erlitten. Am ersten Pfingsttag starb an der Schwindsucht der Bildhauer D. Schulze im Alter von erst 29 Jahren. Er war früher in Deutschland und Einer von den Wenigen, die mit Ernst und Verständnis unsere große Sache erfaßt hatten und unablässig bemüht waren, das rechte Erkennen auch hier zu verbreiten, damit Dänemark die Stelle in der That einnehme, die es scheinbar hat. Ohne hervorzuragen und als Redner sich bemerkbar zu machen, was ihm die fröhliche Brust nicht gestattete, war er mit der Feder thätig für die Verbreitung unserer Ideen. Seine letzte Arbeit, die er kurz vor seinem Tode beendet hat, war die Uebersetzung von Rost's „Kapital und Arbeit“, womit er sich bei Dänemarks Arbeitern in Erinnerung erhalten wird.

Die beiden Attentate gegen den Kaiser hatten in der Partei fast gar keine Wirkung zur Folge, dagegen in der Bourgeoisie fast dieselbe wie in Deutschland, so daß sich die Regierung veranlaßt fand, einen kleinen Wink zu geben, um der Aufnahme der Wächzettel und national-liberalen Lügenberichte Einhalt zu thun. Jetzt wird die ganze Geschichte mit ruhigem Blute und tüchtiger Ueberlegung betrachtet. Der Kaiser findet als alter, ehrwürdiger Greis und Fürst Sympathie. Man hat hier schon vor dem Worte „Reaktion“ einen gewaltigen Abscheu und ist deshalb auf die nächsten Reichstagswahlen noch gespannter als bei der letzten Wahl. — Die Philadelphia-Ausstellung war die Niederlage der deutschen Industrie auf dem Weltmarkte, man bezieht jetzt hier vorzugsweise aus England und Frankreich. Die Ausbeutung Gödel's und Nobiling's zu reaktionären Zwecken hat dieselbe Folge in politischer Hinsicht, und nur einzig und allein die deutsche Sozialdemokratie ist's, die heute noch das Interesse des Auslandes verdient und aufrecht erhält, denn die „liberalen“ Parteien, die Bismarck-Anbeter sind zum Kinderwott geworden. Hingegen hat das Attentat gegen die Sozialdemokratie nun auch einen Theil der hiesigen Parteimitglieder aus ihrer Apathie aufgerüttelt und sind dieselben bestrebt, wie anderwärts, mit pekuniären Mitteln den Brüdern in Deutschland bei den Wahlen zur Seite zu stehen.

Als Curisolus sei noch erwähnt, daß im Laufe der vergangenen Woche das „Kind von Frankreich“, Lulu der Kaiserprinz, hier war und um die Prinzess Thyra freite. Es wäre eine sehr günstige Partie für ihn gewesen, den künftigen Kaiser von Rußland, die künftigen Könige von England und Dänemark sowie den jetzigen von Griechenland zum Schwager zu haben. Da aber die Aussicht auf Frankreichs Kaiserthron gegenwärtig sehr nebelhaft sind und die Pariser „Republikaner“ keine Lust bezüchten, ihn willkommen zu heißen, so wurde er sehr feierlich mit einem Korb entlassen und vielleicht auf spätere bessere Zeiten vertrieben, denn der in Rede stehende Prinzessin wäre ein Ehe-mann schon anstandslos zu thun.

Die besten Wünsche der hiesigen Genossen geleiten Euch, Ihr deutschen Brüder, am 30. Juli zur Wahlurne. Möge Jeder seine Schuldigkeit thun; die Proletarier aller Länder sehen auf Euch und setzen ihre Hoffnung auf Euren Sieg! Hoch die Sozialdemokratie!

Hamburg, 20. Juli. Heute Vormittag fand die Gerichtsverhandlung in Betreff der beschlagnahmten Gewinne der „Lombola“ gegen Genossen Geib statt. Der Staatsanwalt hatte eine Geldstrafe von 150 Mark für jedes verkaufte Loos, zusammen also 687,000 Mark, eventuell ein Jahr Gefängnis beantragt. Der Gerichtshof erkannte auf kostenlose Freisprechung und auf Herausgabe der beschlagnahmten Gelder und Gewinne.

Hildesheim, 16. Juli. An die Parteigenossen des 10. (hannoverschen) Wahlkreises. Nach kaum anderthalbjährigem Besitzen des Reichstages wird uns schon wieder eine Neuwahl auf den Hals gebürdet. Der Grund hierzu ist wohl jedem von uns bekannt: Vernichtung der Sozialdemokratie in erster Linie, zweitens um einen stets wildfährigen Reichstag zu bekommen. — Die Neuwahl zum Reichstage ist auf den 30. Juli angesetzt, und machen wir hiermit bekannt, daß wir als Candidaten im hiesigen Wahlkreise den

Expedienten Heinrich Dehne in Hannover aufgestellt haben. Da Herr Dehne die Candidatur angenommen hat, so fordern wir alle Arbeiter und Parteigenossen hiermit auf, für die Wahl des Arbeiter-Candidaten aufs Kräftigste einzustehen, umso mehr, als der hiesige Wahlverein durch politische Chikanen gerade vor der Wahl geschlossen und dadurch ein wesentlicher Haltspunkt für uns verloren worden ist. Aber nicht nur durch Propaganda, sondern auch durch materielle Hilfe sollt Ihr uns beistehen in diesem Wahlkampfe, denn ohne Opfer kein Sieg. Thut also Alle Euer Möglichstes! Etwaige Sendungen wolle man an den mitunterzeichneten Kassirer des Wahlcomitès, Herrn E. Hilder, Hildesheim, Wollenweberstraße 967, 3. Etage, einschicken. Steht also diesmal Alle ein für die Wahl. Alle für Einen, Einer für Alle!

Das Centralwahlcomitè des 10. hannoverschen Wahlkreises.
E. Dölle, F. Dölle, E. Hilder.

NB. Sollten etwa aus Versehen an den einzelnen Orten des Kreises bis zum Sonnabend, den 27. d. M., noch keine Stimmzettel angekommen sein, so wolle man sich schnell an E. Hilder brieflich wenden. Die „Berliner Freie Presse“ und das „Hamburg-Altonaer Volksblatt“ werden um Abdruck gebeten.

Sirchberg a. S., 14. Juli. Heute sollte hier eine Wähler-versammlung stattfinden. Als Referent war der sozialistische Candidat, Redakteur Hermann Lange aus Crimmitschau, annoncirt. Nun candidirt aber seitens der National-liberalen in Reuß j. L. der Bürgermeister von Sirchberg, Landtagsabgeordneter Dr. Jäger, der in der beregten Versammlung zugleich die überwachende Behörde vertrat. — Präcise 1/9 Uhr Abends eröffnete plötzlich zu allgemeiner Ueberraschung der Bürgermeister, obgleich er nicht Einberufer oder Arrangeur der Versammlung war, dieselbe, schlug einen Vorsitzenden vor, den die Anwesenden acceptirten, und erklärte dem sozialdemokratischen Referenten, der nebst dem eigentlichen Einberufer am Bureauische schon vorher Platz genommen, daß er überhaupt kein Wort zu sprechen und sich vom Tische zu entfernen habe, widrigenfalls er ihn verhaften lassen werde. Dr. Jäger entwickelte sodann sein Programm in einer halbständigen Rede, die unter Anderem auch reichlich mit Angriffen gegen die Fortschrittspartei gespickt war. Nachdem dies geschehen, erfolgte ohne jede Diskussion sofortiger Schluß der Versammlung. Daß ein Reichstagscandidat seinen Gegencandidaten mit Verhaftung bedroht, ist jedenfalls in Deutschland noch nicht dagewesen.

Breslau. Hier gehen im Wahlkampf die Wogen hoch, und zwar paukt die einzig reaktionäre Sippe sich unter sich. Es ist für den Sozialisten ein Schauspiel für Götter, wenn man die verschiedenen Parteiblätter, ihr Geschimpfe, Heulweinen etc. liest. Die Fortschrittler, welche ja bis zur vorigen Wahl Breslau als ihre Domäne betrachteten und jeden Eindringling entweder mit Hohn oder Berachtung strafen, hatten diesmal, um die bösen Sozialdemokraten unterzukriegen, mit den National-liberalen einen Compromiß derartig abgeschlossen, daß im Westbezirk der Fortschrittlermann Bürgers, im Ostbezirk der blasse National-liberale Molinari aufgestellt resp. durchgebracht wurde. Doch welcher Schreden in den Reihen der liberalen Helben, als plötzlich eine neue Partei unter Führung des Staatsanwalts und Professors Fuchs auf dem Kampfbahne erschien und erklärte, auf keinen Fall dem Ergocommissionen Bürgers ihre Stimmen zu geben, sondern den conservativen Oberberggrath Serlo aufstellte und sich verpflichtete, mit aller Macht (welche keinesfalls zu unterschätzen) für die Wahl desselben zu wirken. Es stehen sich nun hier Reinders und Molinari im Osten, im andern Bezirk Kräder gegen Bürgers und Serlo gegenüber. Die ultramontanen Candidaten kommen weniger in Betracht. Nun sollten Sie die Angst- und Schredenrufe, das Gezeter und Geschimpfe hören. Das hiesige Käseblättchen, genannt „Breslauer Morgenzeitung“, bekannt durch infames Schimpfen auf unsere Partei und die Arbeiter im Allgemeinen, jammert nun in jeder Nummer, daß wenn von der Candidatur Serlo's nicht abgesehen werde, Kräder ganz gewiß siegt. Das Organ der neuen Partei, die „Schlesische Zeitung“, hatte einige zahme Artikel gegen den Wucher etc. der verehrlichen Juden gebracht, da erbot sich nun das Gründerblatt „Schlesische Presse“ und das Organ des Aufgeborenen Stein, die „Breslauer Zeitung“, darüber, bringen ellenlange Artikel gegen die arme Schlesierin, ja erklären dieselbe in Verzug. Haben doch eine ganze Anzahl reicher Juden öffentlich bekannt gemacht, die „Schlesische Zeitung“ nicht mehr zu lesen, auch nicht in derselben zu inseriren. Diesem Treiben sieht mit innigem Behagen die ultramontane „Schlesische Volkszeitung“ zu, ob und zu einige höhniische Brocken in den reichstreuern Degenkessel werfend. Aber, werden Sie fragen, was machen die Sozialisten? — Nun, die befinden sich den Umständen nach wohl und sind guter Dinge, sie werden am 30. Juli ihre Schuldigkeit so thun, daß gewissen Herren die Hörner und Ohren am Kopfe wachsen werden. Versammlungen können wir allerdings nur wenige abhalten, da es uns an Vokalen mangelt. — Zum Schluß noch unserm verschundenen Redakteur Keller auf diesem Wege zur Nachricht, daß er gestern 7 Monate Gefängnis erhalten, das Jahr ist jetzt voll, etwas kommt noch nach; wie wäre es, wenn Sie Freund Schlefinger Gesellschaft leisteten, der jetzt auch wieder 4 Wochen abmacht?

Wilsnack, 9. Juli. Gestern Abend, 30. Juni, fand hier selbst eine liberale Volksversammlung statt, woselbst der liberale Landtagsabgeordnete Dr. Burg aus Berlin sich als Reichstags-Candidat vorstellte. In seinem Referat urtheilte er in folgender Weise über die Sozialdemokratie: 1) Die Reichstagsabgeordneten Frische, Brade und Rost hätten in einer Volksversammlung im Februar in Berlin über die Zukunft des sozialistischen Staates referirt: Die Arbeiter würden Alle zusammen in Gruppen arbeiten. 2) Die Arbeiter würden sich nach Vorschrift kleiden müssen. 3) Nachdem das Jahr abgelaufen, erhalte der Arbeiter von seinem Verdienst durch einen gewissen Beamten seine paar

lärglichen Groschen ausgezahlt, soviel auf ihn käme, das Uebrig löffe in die gemeinsame große Kasse. 4) Die Hauslender erhielten sodann Unterstützung aus der großen Kasse. 5) Die Sozialdemokratie wäre wie ein Krebschaden am gesunden menschlichen Körper, und könnte dieser Schaden nur durch eine radikale Kur beseitigt werden. Jetzt wäre die geeignetste Zeit, diesen Krebschaden zu beseitigen. Dem Arbeiter gebühete nur soviel Rechte, wie ihnen zukomme. Alsdann folperte er auf die Presse los, die nächst zunächst dran, und die Agitatoren, die kleinen, für Geld wirkenden, das sozialistische Gift umherspritzenden Subjekte. Dieser saubere Herr Sozialistenfresser weiß wohl nicht, daß jeder Sozialist Agitator ist! Er wäre der Erste, der für Ausnahmegesetze stimmt. Sodann ging die Quasfelle über die Steuern los, wobei er das Tabaksmonopol verwarf. Doch wüßte er gar nicht, warum man gegen die Salzsteuer so protestire, das mache ja doch das Jahr nur 60 Pf. für eine Familie. Dieser Herr versteht gar nicht, was 60 Pf. für einen Arbeiter ausmachen! Weiter faselte der seine Herr von den Redakteuren unserer Presse und unserer Führern: er wäre dafür, sie sämtlich in's Zuchthaus zu stecken. Wenn das letztere nur anginge — aber so haben diese Herren die Rechnung ohne den Wirth gemacht.

Briefkasten

der Redaktion. K. B.: Die betreffenden Strafparagraphe sind zwar zunächst einem andern Blatte entnommen, doch haben auch wir dieselben, da sie den Sinn des Gesetzes in dieser Form viel verständlicher und klarer ausdrücken, zum Abdruck gelangen lassen. Die Bedrohung mit Arbeitsentlassung ist zwar keine Bedrohung mit einer strafbaren Handlung; doch jeder ehrenwerthe Richter wird eine solche Bedrohung als eine Gewaltthat ansehen, die den Wähler, wenn er seine Ueberzeugung nicht preisgeben will, behindert, seine staatsbürgerlichen Rechte anzuküben. Also auch da treffen die im Auszuge mitgetheilten Strafparagraphe das Richtige. — Im Uebrigen sei noch bemerkt, daß die Wahlcomitès unserer Partei sich genau jeden Fall merken mögen, wo die Arbeitgeber die Arbeiter mit Entlassung bedrohen — der neue Reichstag, er mag noch so reaktionär werden, wird solche Vorfälle bei den Wahlprüfungen, die in der nächsten Session überhaupt eine große Rolle spielen werden, als Ungültigkeitsgründe ganz bestimmt ansehen. Das Gebelzer einzelner Zeitungen darüber, daß wir jene Strafparagraphe unrichtig citirt haben, beweist nur, wie richtig es gewesen ist, daß wir den Geist des Strafgesetzbuchs zeigten und so die bodenlose Unmoralität, die in den Bedrohungen der Arbeiter mit Entlassung liegt, enthüllten. Wird, wie wir annehmen, der Richter darin einen Gewaltakt zur Verhinderung der Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte erblicken, so erkennt er auch auf den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, was den Bedrängern erst recht unangenehm ist.

Hrn. S. A. in Marienbad: Wir haben Derartiges schon oft besprochen, werden jedoch Ihren Wunsch bald zu erfüllen suchen. Etwas Material erwünscht. — Hr. A. B. in Baden-Baden: Ihre Vorschläge sind uns durchaus nicht neu, wir besorgen dieselben schon seit 1863, jedoch Alles auf einmal kann nicht geschehen. Wir haben in großen ländlichen Bezirken bereits festen Boden gefaßt und werden schließlich auch zu Ihnen kommen. Es muß eben jeder Genosse Agitator sein. Lassen Sie sich von unserer Expedition, Färberstraße 12, überzählige Nummern kommen und geben Sie selbst jeden Sonntag auf die Dörfer, Sie werden bald Gesellschaft bekommen. — F. S. F.: Wir sind nicht alle Engel. In Ihrem Falle wäre es jedoch gut, Sie stimmten für S. und ebenso Ihre Bekannten, denn es handelt sich jetzt um Ausnahmegesetze und da müssen wir doch solche Leute vorziehen, die für uns stimmen werden. Oder gleichen Sie es vor, unpolitisch zu handeln und einem Rational-liberalen zum Siege zu verhelfen? Gewiß nicht. — W. L. in Fürth: Wir haben bis jetzt die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ nicht erhalten. — J. F. in Nürnberg: L. ist verzeihlich, Brief nachgeschickt. — L. in Berlin: Die bekannte Chiffre mußte aus Gründen weggelassen. Sonst einderstanden. — R. R. Sie meinen, da die Sammlungen für die „Wilhelm-Spende“ nur den Abscheu des deutschen Volkes vor Reichelworb ausdrücken sollten, könne die Sozialdemokratie sich recht wohl an der „Spende“ betheiligen. Wir dächten, der Abscheu des deutschen Volkes vor Reichelworb sei so selbstverständlich, daß es keiner Manifestation bedarf. Biel zeitgemäßer wäre es, Abscheu vor den moralischen Reichelwörtern auszudrücken, die das deutsche Volk insam verleumben und das als eine patriotische That hinstellen; auch Diejenigen zu brandmarken, welche die Enttäuschung über die Attentate für reaktionäre Wahmanöver ausnützen wollen, wäre vielleicht am Platz. — A. B. in Halberstadt: Schreiben Sie Bericht. — J. M. 1) In welchem Verwandtschaftsverhältnis Prinz Peter von Oldenburg zum Großherzog von Oldenburg steht, wissen wir nicht. Es ist aus dem Gothaer Kalender zu ersehen, den wir nicht besitzen. 2) Ueber das amerikanische Testament ist uns nichts bekannt. 3) Die „Sozialisten-hag“ hat überall und auf allen Gebieten unserer Partei geäußert.

Quittung. Kriemhild hier Ab. 0,60. Wst Sell Ab. 2,80. Berndt Rütweide Ab. 15,00. Ihm hier Ab. 20,00. Preßl München Ab. 50,00. Von Graz Ab. 31,60. Ob Hamb. l. Preßl l. München Ab. 150,00. Gnsch Kreuznach Schrift 2,75. Krgz Marburg Schrift 3,00. Jett Finsterwalde Schrift 1,50. Kpp Baden Schrift 1,60. Kfar Froburg Schrift 0,67. Blain Mühlheim Schrift 9,00. Ob Hamburg Schrift 12,00.

Wahlfonds.

S. Genossen l. Jägerndorf 25,27. Gef. l. d. Küche d. Red.-Bild.-Ver. hier 1,20. S. Ceintig 4,00. P. Hoff. Graz 2,00. D. Ob. Hamburg 0,60. S. Frau A. W. l. R. 1620,00.

Cottbus. Ein Parteigenosse, welcher sich noch im Besitz des „Märkischen Volksfreundes“ vom Monat Februar 1877 befindet, wird ersucht, mir denselben käuflich oder leihweise zu überlassen, da es sich um sehr wichtige Angelegenheiten handelt. Sämtliche dadurch entstehende Kosten werden vergütet. Adressen sind einzusenden an Herrn Mann Feistel, Klosterstraße 306, 2 Tr. Die „Berliner Freie Presse“ wird um Abdruck gebeten.

Wir empfehlen:

Donat: Antwort an die Bekenner des Theismus	Bl.	— 10
Hilsmann: Organisation der Massen	„	— 20
Erinnerung an Herwegh	„	— 10
Knappschafftskassenwesen vor dem deutschen Reichstag	„	— 12
Brennlicher Schnaps im deutschen Reichstage	„	— 06
Schramm: Grundzüge der Nationalökonomie	„	— 26
Jord. Die industrielle Arbeiterfrage	„	— 10
Bergmanns Fluch	„	0,10
Hlod: Unsere Verhältnisse	„	0,10
Bürgerkrieg in Frankreich	„	0,15
Kulturkampf und Volksschule in Preußen	„	0,10
Die parlamentarische Thätigkeit des deutschen Reichstags 1871—1874	„	0,10
Die Volksschule und die Lage ihrer Lehrer in Preußen	„	0,10
Diehagen: National-Ökonomisches	„	0,15
— Bürgerliche Gesellschaft	„	6,10
Donat: Rindergärten und Volksschule	„	0,25
Cecarius: Kampf des großen und kleinen Kapitals	„	0,15
Hir die französischen Brüder	„	0,15
Herr v. Treitschke, der Sozialistenstücker und die Endziele des Liberalismus	„	0,20

Die Expedition des „Vorwärts“.

Verantwortlicher Redacteur: Julius Rünzel in Leipzig. Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschaftsdruckerei in Leipzig.